

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 263-2017
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.694

Eingereicht am: 20.11.2017

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SP-JUSO-PSA (Gullotti, Tramelan) (Sprecher/in)
SP-JUSO-PSA (Ruchonnet, St-Imier)
SP-JUSO-PSA (Dunning, Biel/Bienne)

Weitere Unterschriften: 1

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 389/2018 vom 25. April 2018
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Wie sieht die Zukunft der regierungsrätlichen Juradelegation aus?

Nun, da die Jurafrage ein politisches Ende gefunden hat, wird der Regierungsrat gebeten darzulegen, wie er die künftige Rolle der regierungsrätlichen Juradelegation sieht.

Begründung:

Nachdem die Gemeinden Moutier, Belprahon und Sorvilier über ihre Kantonszugehörigkeit entschieden haben und die Jurafrage politisch ein Ende gefunden hat, hat der Regierungsrat seiner Juradelegation vor kurzem mehrere Aufgaben übertragen. Einerseits wurde eine Expertenkommission eingesetzt, um den Stand der Zweisprachigkeit zu definieren und für den Kanton die Möglichkeiten auszuloten, die sich aus der Praxis von zwei Sprachen auf seinem Gebiet ergeben. Ein entsprechender Bericht soll bis Juni 2018 vorgelegt werden. Andererseits hat die Juradelegation Denis Grisel, den ehemaligen Leiter der Berner Wirtschaftsförderung, bestimmt, um ihm ebenfalls bis Ende Juni 2018 Empfehlungen über die Neuorganisation der dezentralen kantonalen Verwaltung im Berner Jura vorzulegen.

Die Massnahmen, die der Regierungsrat gegenüber der französischsprachigen Minderheit getroffen hat, sind ermutigend. Sie sind ein wichtiges Zeichen der Unterstützung – in einer Zeit, in der sich der Berner Jura aufgrund der neuen geopolitischen Konstellation neu positionieren muss. Der Berner Jura erlebt eine Zeit der Introspektion, die in seiner Geschichte einmalig ist

und nach deren Abschluss alle Zukunftsperspektiven möglich sind. Es ist eine seltene Gelegenheit für eine ganze Region, den Sinn ihres Daseins zu formulieren und festzulegen, inwiefern sie Teil des Kantons, aber auch Besonderheit eines Ganzen ist.

Was die französischsprachige Minderheit von Biel und Leubringen-Magglingen betrifft, so besteht die Notwendigkeit, die Zweisprachigkeit zu schützen, nach wie vor, da sie insbesondere durch das Entlastungspaket 2018 bedroht ist.

Die Juradelegation war jahrzehntelang der privilegierte Ansprechpartner des Kantons Bern für den benachbarten Kanton Jura. Die Jurafrage ist auf politischer Ebene Geschichte. Wäre es daher nicht angezeigt, die Rolle der Juradelegation für die kommenden Jahrzehnte zu definieren? Es bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Die bestehende Juradelegation wird über kurz oder lang in eine regierungsrätliche Delegation für französischsprachige Angelegenheiten (DFA) umgewandelt.
2. Der Sockel, auf dem dieses Organ beruht, wird konsolidiert, indem eine Plattform für die Koordination und den ständigen Austausch zwischen kantonalen und regionalen Organen geschaffen wird.
3. Die DFA könnte sich wie folgt zusammensetzen: Regierungsmitglied, das den Jurasitz innehat (Vorsitz), Präsidentin/Präsident des Bernjurassischen Rats (BJR), Präsidentin/Präsident des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB), Präsidentin/Präsident des künftigen, aus der Fusion der Gemeindeverbände (CMJB, ARCJ, ARJB) hervorgehenden Regionalverbands sowie jegliche Vertreterinnen und Vertreter von Kreisen, die als relevant erachtet werden.
4. Die Aufgaben der DFA sind auf Gesetzesstufe klar zu definieren.

Verteiler

- Grosser Rat